

SPD demokratischer pressediens

P./XXV/152

17. August 1970

Zügig und entschlossen

Zum Reformprogramm der Bundesregierung
(Seite 1 - 2 / 39 Zeilen)

Die Union am Scheideweg

Wohin will die CDU/CSU in der Ostpolitik?
(Seite 2 - 3 / 44 Zeilen)

Der Wille zum Miteinanderleben

Bericht über die Sommerkonferenz in
Wilton-Park

Von Lenelotte von Bothmer SPD-MdB
(Seite 4 / 44 Zeilen)

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 8, Heuserallee 2-10
Postfach: 9153
Pressnhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 97 - 98
Telex: 826 546/888 847/
826 643 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Zügig und entschlossen

Zum Reformprogramm der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat sich für den Rest dieses Jahres viel vorgenommen. Ihr Aufgabenkatalog greift tief in die Wirklichkeit hinein. Schritt für Schritt, mit Eifer und Zielstrebigkeit geht sie an die Realisierung des Programms der inneren Reformen, das sie in der Regierungserklärung vom 28. Oktober letzten Jahres in Grundrissen der Öffentlichkeit mitgeteilt hat. Sie kennt ihren Weg und sie wird sich davon nicht abbringen lassen.

Die Früchte einer sorgfältig ausgearbeiteten Planung beginnen nun in Gestalt von Gesetzesentwürfen und Initiativen zu reifen. Sie umfassen weite Bereiche der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik und sind orientiert an der Notwendigkeit, das Haus für alle Bürger moderner und sicherer zu gestalten. Dem Bundestag erwartet nach seinem Wiederausammentritt eine Fülle von Aufgaben, die seine Energien und seinen Fleiß voll in Anspruch nehmen werden. So hat die Regierung die Absicht, Woche für Woche dem Parlament mindestens zwei Gesetzesvorlagen zur Beratung und Verabschiedung vorzulegen. Die Geschlossenheit der Koalition garantiert eine solide und zügige Arbeit, sie wird parlamentarischen Leerlauf zu verhindern wissen.

Das Parlament insgesamt kann dadurch an Ansehen und Würde in der Öffentlichkeit nur gewinnen. Der Bundesregierung, eben weil sie weiß, was sie will und welche Ziele anzustreben sind, kommt hier die Rolle einer motorischen Kraft zu. Ihre Pläne greifen nicht zu den Sternen, sie halten sich im Rahmen der Wirklichkeit und des Erfüllbaren und Möglichen. Grundzug aller künftigen gesetzgeberischen Aktivität ist ihre Sachbezogenheit. Da geht es nicht um Fragen der Weltanschauung, hier geht es um

Konkrete und greifbar zu Gestaltende.

Für die parlamentarische Opposition wird das eine gute Schule sein. Sie hat ja, seit sie durch den Wählerwillen Abschied von der Regierungsmacht nehmen mußte, noch allerhand als Widerpart der Regierung zuzulernen. Sie muß sich noch daran gewöhnen, unvermeidbare sachliche Gegensätze auch in einem sachlichen und von Emotionen nicht beschwerten Geist auszutragen. Diese Tugend hat sie noch zu erlernen, und an Gelegenheit dazu, sie dann auch zu üben, dürfte es nicht fehlen. Dafür sorgt schon das umfassende Reformprogramm der Bundesregierung, dem nun Stück für Stück Leben eingehaucht wird. Diese von Brandt und Scheel geführte Regierung, ihres Weges gewiß, weiß sich dabei in Übereinstimmung mit allen reformfreudigen und reformwilligen Kräften unseres Volkes.

Die Union am Scheideweg

Wohin will die CDU/CSU in der Ostpolitik?

Die beiden christdemokratischen Parteien werden sich allmählich entscheiden müssen, welchen Weg sie zur Festlegung ihrer Haltung zur Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Regierung einschlagen wollen. Die Dissonanzen-Reaktion auf das briefliche Angebot des Bundeskanzlers zu vertraulichen Gesprächen im September, das an sich offiziell angenommen worden ist, zwingt jeden Bundesbürger zu der erstaunten Frage, was denn diese beiden Parteien unter Kiesingers und Strauß' Führung eigentlich wollen. Geht es ihnen darum, in umfassend orientierenden und in der Sache offenen Gesprächen mit der Bundesregierung eine objektive und politisch zu verantwortende Position zu dem Vertragswerk insgesamt zu beziehen, wobei dann natürlich immer noch kontroverse Ansichten möglich sind, oder gilt für sie die von dem Schlagworte-Stakke-

to des CSU-Sprechers von und zu Guttenberg unterstützte Aussage des CDU-Vorsitzenden Kiesingers, daß seine Partei den Kampf gegen den Vertrag fortsetzen werde, was also, wenn Worte überhaupt noch einen Sinn haben, ein vorweggenommenes Nein bedeuten müßte?

Die beiden christdemokratischen Parteien werden sich daher in sich und miteinander darüber klar und einig werden müssen, mit welcher Zunge sie die Diskussion mit der Bundesregierung führen wollen. Es ist vom Selbstverständnis der Demokratie her unmöglich, daß zwei Parteien, die mit einer so großen Zahl von Abgeordneten im Bundestag vertreten sind, in der für die Bundesrepublik vitalen Frage der Ostpolitik in einem meißungsmäßig derart desolaten Zustand verhaften, daß ein ihnen naheliegender Fernsehkommentar zu dem verärgerten Ausruf von dem "ostpolitischen Nichts" veranlaßt wurde. Jedermann, der sich über das politische Gewicht der Haltung der beiden Parteien und natürlich auch über den Hintergrund an Vergangenheit und Positionsverfestigung klar ist, der bei der Urteilsfindung auch eine entscheidende Rolle spielt, wird einräumen, daß es dem christdemokratischen Lager nicht leicht fallen kann, sich zu einer Akzeptierung der im deutsch-sowjetischen Vertrag versinnbildlichten neuen Lage und neuen Entwicklung bereitzufinden.

Aber dieses Lager wird seine Entscheidung an der großen Verantwortung messen müssen, die es als demokratische und dem Ganzen verantwortliche politische Potenz nun einmal trägt und die es zu einem Urteil zwingt, das den übergeordneten Interessen der Friedenssicherung und der zur Kooperation führenden Entspannung auch mit dem Osten wirklich dient. Zu der Politik der Bundesregierung gibt es keine brauchbare und keine zu verantwortende Alternative. Die beiden christdemokratischen Parteien können sie nicht erfinden und sie haben sie nicht.

+ * +

Der Wille zum Miteinanderleben

Bericht über die Sommerkonferenz in Wilton-Park

Von Lenalotte von Bothmer SPD-MdB

Wilton-House hat besondere Reize. Es bietet in seinen Wilton-Park-Konferenzen eine interessante Vielfalt der Teilnehmer und der Meinungen. Ein Hauptthema wird während der fast 14 Tage immer und immer anders angegangen. Schon die Tatsache, daß aus 14 Ländern Konservative, Rechte, Liberale, Politische Mitte, Sozialdemokraten, Linke, wie immer sich die verschiedenen Gruppen jeweils nennen mögen, die gleiche Sache diskutieren, ergibt Vielfalt.

Die Sommerkonferenz hatte in diesem Jahr das Thema: "Öffentliche Meinung und Außenpolitik/die Rolle der Regierungen, der Parlamente, der Massenmedien." Die Gespräche über "Öffentliche Meinung" ergaben, wie wenig geklärt werden kann, was das eigentlich ist. Wer hat sie? Wie entsteht sie? Wer produziert sie? Hat sie Einfluß auf Regierungen, auf Parlamente? Machen die Massenmedien die öffentliche Meinung? Oder greifen sie nur auf, was schon da ist? Politiker, Zeitungs- und Fernsehprominenz, Regierungsglieder vertraten die verschiedensten Standpunkte und belegten sie mit Erfahrungstatsachen.

Und Außenpolitik? Sind nicht die britischen Überlegungen dem Gemeinsamen Markt beizutreten, zugleich Innenpolitik? Außenpolitik scheint im allgemeinen die Wähler wenig zu interessieren, und nicht immer steht ein deutsch-sowjetischer Gewaltverzichtsvortrag zur Debatte! Berichten die Massenmedien genügend über Außenpolitik? Oder lassen sie sich davon leiten, daß die Menschen gewöhnlich an "Fernliegendem" weniger interessiert sind? Beschäftigen sich die Parlamente gründlich genug damit? Sind Abgeordnete gut informiert? Wer informiert sie?

Es gab unabhängig von der Länderzugehörigkeit unter den Teilnehmern eine stark konservative Gruppe und eine etwa gleich starke Gruppe linksorientierter. Fragen und Antworten saßen oft wie Fechterhiebe: über die Haltung Amerikas in Bezug auf Truppenreduzierung in Europa, über die französische Situation im Gemeinsamen Markt, die Haltung Englands zum EWG-Beitritt (über die man von Engländern die widersprüchlichsten Meinungen hörte).

Über manches andere wurde hart und offen diskutiert. Hier und da traten beängstigend nationalbetonte Standpunkte hervor, hier und da schienen sich Amerika und Europa mit feindlichem Mißtrauen anzustarren, die Standpunkte der Neutralen gaben zu denken. Mißtrauen aber und Zweifel ließen die Kontrastfarben das Verbindende deutlich werden. Der Wille, miteinander zu leben und nicht gegeneinander, lief wie ein roter Faden durch die Gespräche. Und Englands Traditionen, über die man lächeln kann, weiß man sie liebenswert findet, gaben den freundlichen, den wirklich verbindenden Rahmen.